



Brüssel, den 02.05.2024. Erneut schlägt Bundesinnenministerin Faeser vor, das deutsche Waffenrecht zu verschärfen. Bei dem Vorstoß handelt es sich keineswegs um eine notwendige Maßnahme, sondern vielmehr um reine Symbolpolitik. Deutschland verfügt bereits heute über eines der strengsten Waffengesetze in der Welt. Nach Erhebungen, ob die vorangegangenen Verschärfungen notwendig waren und ihre Zielfunktion erreicht haben, sucht man jedoch vergeblich. Die Ergebnisse der letzten Änderungen werden seitens des Bundesinnenministeriums nicht hinterfragt, Daten, die eine evidenzbasierte Politik ermöglichen könnten, werden nicht erhoben. Stattdessen stellt man Waffenbesitzer einmal mehr unter einen abstrakten Generalverdacht.

Es ist populistisch und falsch, Jäger und Sportschützen mit rechtsradikalen Waffensammlern pauschal gleichzusetzen. Bereits die vergangenen Verschärfungen trugen zu einem gesellschaftlichen Klima bei, in dem rechtschaffene Bürger diskriminiert und stigmatisiert wurden. Dabei wird völlig aus den Augen verloren, dass die große Mehrheit der Waffenbesitzer in Deutschland diese legal erworben hat und einen verantwortungsvollen Umgang mit ihnen pflegt. Mit rechtem Extremismus hat das wenig zu tun. Die Debatte lenkt vor allem von Problemen ab, die unsere innere Sicherheit in größerem Umfang bedrohen. Die Phänomenbereiche der organisierten Clankriminalität, des zunehmenden linken und muslimischen Extremismus und des wachsenden Antisemitismus stellen eine viel größere Bedrohung für Demokratie, Rechtsstaat und Sicherheit in Deutschland dar, als es der vereinzelte Missbrauch von Schusswaffen tut. So machte der Anteil an Straftaten, die mit legalen Schusswaffen begangen wurden im Jahr 2014, als dieser zuletzt erhoben wurde, nur knapp 0,000008 Prozent aus. Die Antwort auf die Frage, weshalb dieser Anteil in aktuellen Statistiken nicht mehr ausgewiesen wird, liegt auf der Hand.

Das Bundesinnenministerium ignoriert konsequent die Meinungen und Einschätzungen von Verbänden und Experten. Hätte unsere Innenministerin ein offenes Ohr für diese Stimmen, wäre ihr wohl geläufig, dass nicht die Gesetze das Problem sind, sondern der Vollzug dieser. Politisch wäre es höchste Zeit die Kraftanstrengungen der Bundesregierung in die personelle und materielle Ausstattung von Polizei und Gerichten zu investieren. Der Versuch hunderttausende rechtstreue Bürger, die in als Schütze, Jäger oder Sammler Waffen besitzen, zu Unrecht das Leben schwer zu machen, zeigt, dass sich die Ampel-Koalition zunehmend zu ideologischen Scheingefechten berufen sieht, weil ihr die Antworten auf die tatsächlichen großen Bedrohungen unserer inneren Sicherheit fehlen.